

## Mertz fordert mehr Spielraum für Gartenbauer - Müller: GAP-Freiraum für Vereinfachung nutzen

Ausreichenden Handlungsspielraum für die heimischen Gartenbaubetriebe hat der Präsident des Zentralverbandes Gartenbau, Jürgen Mertz, angemahnt. Im Interview mit AGRA-EUROPE zeigt er sein Unverständnis darüber, dass Dauerbaustellen wie der Zulassungstau beim Pflanzenschutz und die drohenden Quarantäneschädlinge weiterhin ungelöst seien. Er begrüßt die Entscheidung, die 70-Tage-Regelung unbefristet zu verlängern. Derweil fordert die Europaabgeordnete Ulrike Müller von den Freien Wählern, auch im Interview, den Freiraum im Rahmen der EU-Agrarpolitik nach 2020 für eine „größtmögliche“ Verwaltungsvereinfachung zu nutzen. Sie warnt aber zugleich vor einer Renationalisierung.

Länderberichte 1 und EU-Nachrichten 1

## Risikoausgleichsrücklage in der Diskussion - CSU legt Plan für mehrstufiges System vor

Die Diskussion um die Einführung einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage für landwirtschaftliche Betriebe hält an. Die Arbeitsgemeinschaft Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AG ELF) der CSU legte ein Konzept für ein mehrstufiges Risikomanagementsystem vor, das unter anderem die Einführung einer solchen Rücklage vorsieht. Zudem soll der Steuersatz von Mehrgefahrenversicherungen auf das Niveau der Hagelversicherung abgesenkt werden. Während der SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Spiering die Risikoausgleichsrücklage erneut ablehnte und Probleme mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz sieht, äußerte sich der FDP-Politiker Dr. Gero Hocker positiv zu dem Risikoinstrument.

Länderberichte 18

## Runder Tisch Sauenhaltung ohne Ergebnis - Klöckner arbeitet weiter an Lösungen

Ohne konkrete Ergebnisse ist ein Runder Tisch von Politik und Wirtschaft zur Zukunft der Sauenhaltung in Deutschland geblieben. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner betonte, dass „gemeinsame und tragfähige Lösungen“ für das Ende der betäubungslosen Ferkelkastration und die Haltung im Kastenstand gefunden werden müssten. CDU-Politiker plädierten bei dem Treffen für die Lokalanästhesie; die SPD-Tierschutzbeauftragte Susanne Mittag lehnte einen fünfjährigen Übergangszeitraum ab. WLV-Präsident Johannes Röring forderte endlich praktikable Vorgaben für die verunsicherten Sauenhalter. Als „kontrovers aber konstruktiv“ bezeichnete der ISN-Vorsitzende Heinrich Dierkes das Gespräch.

Länderberichte 5

## 70-Tage-Regelung wird unbefristet verlängert

Die 70-Tage-Regelung für die Beschäftigung von Saisonarbeitskräften wird unbefristet verlängert. Das ist einer von mehreren Punkten, auf die sich die Koalitionspartner CDU, CSU und SPD vergangene Woche in Berlin geeinigt haben. Die Regelung war mit dem Mindestlohngesetz im Jahr 2015 eingeführt, aber bis Ende 2018 befristet worden; ab 2019 wäre wieder die 50-Tage-Regelung in Kraft getreten. Konkret geht es dabei um nicht berufsmäßig ausgeübte, sozialabgabenfreie kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hatte sich längere Zeit gegen eine solche Verlängerung ausgesprochen. Die Fortführung der Regelung soll Teil des Qualifizierungschancengesetzes werden, welches Heil dem Kabinett voraussichtlich noch im September vorlegen wird. Begründet wird die Entfristung mit der schwierigen Lage in der Landwirtschaft, aber auch mit Blick auf andere Branchen, die auf Saisonarbeitnehmer angewiesen seien. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner wertete den Beschluss zur Verlängerung der Regelung als ein wichtiges Zeichen dafür, dass der Anbau von Wein, Obst und Gemüse in Deutschland angesichts steigender Lohnkosten weiterhin international wettbewerbsfähig bleibe. Von den Agrarverbänden wurde die Fortführung unisono begrüßt und mit Erleichterung aufgenommen. DBV-Generalsekretär Bernhard Krüskens sprach von einer guten Nachricht für die Landwirtschaft. Laut BVEO-Geschäftsführer Dr. Christian Weseloh wäre mit der 50-Tage-Regelung der Verbraucherwunsch nach regionaler Ware kaum noch erfüllbar gewesen.

Länderberichte 10